



VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

48/4.10

GZ: UW.1.5.7/0078-EU-Koord UW/2017
ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

Wien, am 16. August 2017

Gegenstand: Bericht über die 3550. Tagung des Rates der EU (Umwelt)
am 19. Juni 2017 in Luxemburg

Am 19. Juni 2017 fand die letzte formelle Ratstagung (Umwelt) unter maltesischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Minister Jose Herrera.

Die EK war durch KM Miguel Arias Cañete (Klima) und KM Karmenu Vella (Umwelt) vertreten.

Die österreichische Delegation wurde von Bundesminister Andrä Rupprechter geleitet.

TOP Nicht-EHS-Sektoren (erste Lesung)

a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen

Dok.Nr. 11483/16

b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen

= Sachstandsbericht

= Gedankenaustausch

Dok.Nr. 9861/17, 11494/16



Am 20. Juni 2016 legte die EK sowohl einen Vorschlag für eine VO zur Festlegung verbindlicher nationaler THG-Produktionsziele für den Nicht-EHS-Bereich für den Zeitraum 2021 - 2030 („Effort-sharing Regulation“, ESR) als auch einen Vorschlag für eine VO über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von THG aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) im Rahmen der Klima- und Energiepolitik bis 2030 vor. Beide Vorschläge dienen u.a. der Umsetzung des Pariser Abkommens (PA). Dabei standen vorrangig die wichtigsten offenen Punkte zur Diskussion: bei ESR der Ausgangswert, die LULUCF- und die ETS-Flexibilität und die Sicherheitsreserve unter der ESR und bei LULUCF Art. 8 zum Accounting des bewirtschafteten Walds.

Der **VS** leitete damit ein, dass die beiden Dossiers noch nicht reif für eine allgemeine Ausrichtung seien, aber gute Fortschritte erzielt worden seien. Daher gebe es heute nur einen Sachstandsbericht und eine Orientierungsdebatte. Der EE VS werde an einer allgemeinen Ausrichtung weiterarbeiten. Betreffend ESR gebe es den neuen Vorschlag des VS für eine Sicherheitsreserve (SR). Bei LULUCF sei nach wie vor die Festlegung des forstlichen Referenzwerts („forest reference level“, FRL) umstritten.

Die **EK** berichtete, dass das EP vergangene Woche zu ESR abgestimmt habe, die LULUCF-Abstimmung sei im Juli zu erwarten. Die Sicherheitsreserve wurde auch vom EP vorgeschlagen und dürfe das EU-Gesamtziel nicht gefährden. Zur LULUCF-Anrechnung (Senken) seien robuste Regeln notwendig. Emissionen aus der Biomasse seien nirgends eingerechnet, dies schade der EU-Glaubwürdigkeit gegenüber den internationalen Verhandlungspartnern.

Danach meldeten sich mit Ausnahme MTs alle MS zu Wort. Die Sicherheitsreserve (SR) wurde von keinem MS abgelehnt, vielfach aber kritisch gesehen. Während v.a. große und nördliche MS die Gefahr sahen, dass die Umweltintegrität verletzt wird und allfällige nationale Ziele unterlaufen würden, ging den meisten östlichen und südlichen MS der Vorschlag noch nicht weit genug. Beim FRL gab es keine Annäherung, die bisherigen Positionen (Bewahren der Umweltintegrität versus ausreichende Berücksichtigung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung) wurden neuerlich dargelegt. AT unterstrich, dass die nachhaltige Waldbewirtschaftung ein Kernelement des LULUCF-Vorschlags sein müsse, sie dürfe nicht behindert oder gar bestraft werden. Zu ESR sei AT klar für die Ausgangsbasis 2016 - 2018.

Eine allgemeine Ausrichtung ist für den Rat im Oktober 2017 unter EE Vorsitz vorgesehen.

TOP Die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Paris = Gedankenaustausch

Am 1. Juni 2017 kündigte US Präsident Trump an, dass die USA vom PA zurücktreten werden, das Übereinkommen nachverhandeln bzw. ein neues Übereinkommen ausverhandeln wolle und dass die USA ihren national festgelegten Beitrag zur Emissionsreduktion unter dem Übereinkommen (NDC) zurückziehen und Leistungen zur internationalen Klimafinanzierung einstellen werden.

Die Ankündigung bedeutet im Umkehrschluss, dass die USA VP des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen aus 1992 bleiben werden. Der Ausstieg der USA aus dem PA wird von allen internationalen Partnern der USA kritisiert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass alle anderen großen Volkswirtschaften weiter am Übereinkommen von Paris festhalten und keine Nachverhandlung bzw. Neuverhandlung zulassen werden.

Ein Rücktritt vom Übereinkommen dauert gemäß den Bestimmungen des Übereinkommens vier Jahre (vom Inkrafttreten an gerechnet), also für die USA bis 4. 11. 2020. Es gibt viele Akteure in den USA, die sich für ambitionierten Klimaschutz einsetzen, u.a. der Bundesstaat Kalifornien, zahlreiche Städte und Regionen und viele Unternehmen. Der RAB beschäftigte sich ebenfalls am 19. Juni 2017 mit dem Thema und verabschiedete SF, auf der TO des ER am 22. / 23. Juni 2017 steht das Thema auch auf der TO.

Die **EK** verwies auf ein Joint Communique mit afrikanischen Ländern. Ein Treffen mit den Ministern von CA und CN sei geplant. Weiters werde es Aktivitäten im Rahmen der VN-GV im Herbst geben.

Die nachfolgende Debatte bekräftigte grundsätzlich die Sichtweise des VS und der EK, die Notwendigkeit für die EU ihre Vorreiterrolle auszubauen.

Viele MS meldeten sich zu Wort, so auch AT, und unterstrichen die Notwendigkeit am PA festzuhalten. NL forderte alle MS dazu auf, den ausfallenden US Beitrag zum IPCC zu kompensieren.

Die **EK** ergänzte, dass sie bisher 154.000 € pro Jahr für IPCC zahlten, diesen Betrag aber bis 2019 vervierfachen und für die Folgejahre verzehnfachen wolle.

TOP Entwurf von Schlussfolgerungen des Rats zu dem Aktionsplan der EU für Menschen, Natur und Wirtschaft

= Annahme

Dok.Nr. 10348/17

HINTERGRUND:

Die EK hat als Ergebnis des Fitness Checks der Fauna / Flora / Habitat (FFH)- und der Vogelschutz-Richtlinie einen Aktionsplan erarbeitet: „*EU Action Plan for Nature, People and the Economy*“. Zu diesem Aktionsplan wurden SF formuliert. Lange offen war die Frage der Finanzierung des Natura 2000-Netzwerks. Die Integration der Finanzierung von Natura 2000 in andere Politikbereiche ist nunmehr seit Jahren in der EU gelebte Praxis und soll weiter entwickelt werden. Ein eigener Fonds – wie von Lux in die Diskussion eingebracht – er schien nicht zielführend.

Der Rat nahm die Schlussfolgerungen nach ausführlicher Diskussion einstimmig an. Viele MS unterstrichen die Bedeutung von Natura 2000 und betonten die Notwendigkeit den Aktionsplan zu implementieren.

TOP Sonstiges

a) Projekt über die Entwicklung von Plänen zur Anpassung des urbanen Umfelds in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern in Polen und Anpassung an den Klimawandel in städtischen Gebieten

= Informationen der polnischen Delegation

Dok.Nr. 10176/17

PL betonte die große Bedeutung, die der Klimapolitik zuteilwerde. Städte seien besonders anfällig für Klimawandel und stünden den größten Herausforderungen gegenüber. Aufgrund der hohen Bevölkerungszahlen sei eine Vielzahl von Menschen betroffen, und deswegen wäre die Einbeziehung der Städte für klimapolitische Maßnahmen besonders wichtig.

b) Ratifizierung der in Kigali beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls

= Informationen der Kommission

Der Rat hatte dem Beschluss zur Ratifizierung der in Kigali beschlossenen Änderung zum Montrealer Protokoll im Juni seine Zustimmung erteilt. Die EU und die MS sollten als Vorbild voranschreiten und die nationalen Ratifizierungsprozesse beschleunigen.

c) Abfallpaket (erste Lesung)

i) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/53/EG über Altfahrzeuge, der Richtlinie 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie der Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte

Interinstitutionelles Dossier: 2015/0272 (COD)

Dok.Nr. 14973/15

ii) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG des Rates über Abfalldeponien

Dok.Nr. 14974/15

iii) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle

Interinstitutionelles Dossier: 2015/0275 (COD)

Dok.Nr. 14975/15

iv) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Dok.Nr. 14976/15

= Informationen des Vorsitzes

Der **VS** unterstrich die intensive Arbeitsphase, in der man sich aktuell befindet; unter MT VS konnte der Rat mit einem ausgeglichenen Mandat in die Trilogverhandlungen eintreten. Der 1. Trilog habe am 30. Mai stattgefunden, der 2. Trilog werde am 26. Juni abgehalten werden.

Laut **EK** ist die Verbesserung des Abfallmanagements nicht nur eine legistische Priorität, sondern bringe auch gute Ergebnisse für Umwelt und Wirtschaft. Klare Anreize für einen raschen Übergang hin zu einer Kreislaufwirtschaft seien erforderlich. Alle MS müssen nach ihren Möglichkeiten kontinuierlich Anstrengungen unternehmen bis ein echtes *level playing field* erreicht sei. AT betonte die Bedeutung ehrgeiziger Recyclingziele und wies auf die positiven Effekte von hohen Recyclingzielen für Beschäftigung und Klima hin. Maßnahmen zur Reduktion der Deponierung von Siedlungsabfällen bilden einen sehr wichtigen Schritt zur Erreichung der Recyclingziele und für den Klimaschutz. Die MS sind verpflichtet, Abfälle vor der Deponierung zu behandeln, davon dürfe auf keinen Fall abgewichen werden.

Das Abfallpaket sei eine der wesentlichen Prioritäten des kommenden EE VS, man hoffe auf eine Einigung.

d) Internationale Tagungen der letzten Zeit:

i) "Dreierkonferenz" der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens (COP 13), des Rotterdamer Übereinkommens (COP 8) und des Stockholmer Übereinkommens (COP 8) (Genf, 24. April - 5. Mai 2017)

Dok.Nr. 10260/17

ii) 7. Tagung der Vertragsparteien des Espoo-Übereinkommens und 3. Tagung der Vertragsparteien des Espoo-Übereinkommens als Tagung der Vertragsparteien des SUP-Protokolls (Minsk, Belarus, 13. – 16. Juni 2017)

= Informationen des Vorsitzes und der Kommission

Der **VS** berichtete zunächst über die Ergebnisse der „Dreierkonferenz“ (TripleCOP) zu den Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm, die gute Ergebnisse gebracht hätte: 3 neue POPs wurden in den Anhang A und C des Stockholm-Übereinkommens ergänzt, 4 gefährliche Chemikalien im Rotterdam-Übereinkommen; Abfallglossar, Verschmutzung der Meere (*marine litter*) und Nanomaterialien).

Die Tagungen der MOP 7 und SEA 3 des Espoo-Übereinkommens in Minsk zeigten die Bedeutung des Übereinkommens besonders in Bezug auf Nuklearanlagen.

e) Internationale Konferenz über die Rolle der Frauen in Berggebieten

(Alpbach, Tirol, 18./19. April 2017)

= Informationen der österreichischen Delegation

Dok.Nr. 10102/17

AT berichtete über die Konferenz „Die Rolle der Frauen in Bergregionen“. Der AT VS stehe unter dem Motto „Schützen und Nützen“ und widme sich insbesondere dem Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Umwelt und sozialen / kulturellen Aspekten. Die nachhaltige Entwicklung habe gerade für die Bergregionen eine immens wichtige Bedeutung. Bergregionen sind von globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, Verlust von biologischer Vielfalt und demografischem Wandel, besonders betroffen. AT konnte Vertreterinnen aus verschiedenen Bergregionen dieser Welt begrüßen, man konnte sich austauschen und vernetzen. Die Deklaration „Regionale Lösungen für globale Herausforderungen“ ist auch ein Beitrag zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) – insbesondere SDG 5 sowie SDG 15.

f) Ergebnis der Ozean-Konferenz der VN (New York, 5. – 9. Juni 2017)**= Informationen der schwedischen Delegation**

Dok.Nr. 10357/17

SE berichtete von den Ergebnissen der Ozean-Konferenz zur Umsetzung des SDG 14. Die nächste „Our Oceans“ Konferenz in MT wäre lt. **EK** ein gutes Forum zur Fortsetzung der Diskussionen.

g) Erklärung von Wien: Zum Abschluss des 11. Nano-Behördendialogs**(Wien, 29./30. März 2017) angenommene Schlussfolgerungen und Empfehlungen****= Informationen der luxemburgischen, der österreichischen und der deutschen Delegation**

Dok.Nr. 10156/17

LU wies auf die Wiener Erklärung hin. Sie zeigt wo man aktuell bei Nanotechnologie stehe und sei eine wichtige Leitlinie für den weiteren Umgang mit dieser Schlüsseltechnologie. Gesundheit und Umwelt müssen eine zentrale Rolle spielen, wenn man von dieser Technologie in Zukunft profitieren wolle.

AT und DE verwiesen auf den weiteren Handlungsbedarf. Die EU-Chemikalien-Verordnung REACH müsse rasch angepasst werden und ein europaweites „Nano-Observatory“ zur Erfassung von Produkten mit Nanomaterialien am Markt etabliert werden. Die **EK** unterstützte die Kooperation auf EU- und OECD-Ebene.

h) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**= Informationen der estnischen Delegation**

Dok.Nr. 10328/17

EE führte aus, dass die Prioritäten seines VS im Umweltbereich unter dem Titel „Never waste an Opportunity“ in den Bereichen Klimawandel und Kreislaufwirtschaft liegen werden. EE wolle substanziale Fortschritte in allen Klimadossiers – LULUCF, ECR, ETS und ETS Aviation – machen.

Ich stelle daher den

A n t r a g ,

die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der Bundesminister:

Rupprechter